



N e u d r u c k

Ausschuss für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr

56. Sitzung (öffentlich)

29. Oktober 2015

Düsseldorf – Haus des Landtags

13:30 Uhr bis 15:30 Uhr

Vorsitz: Dieter Hilser (SPD)

Protokoll: Iris Staubermann

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Vor Eintritt in die Tagesordnung **5**

**1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes
Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2016 (Haushaltsgesetz
2016)** **6**

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksache 16/9300

Vorlage 16/3129

Vorlage 16/3329

Vorlage 16/3347

Hier: Einzelplan 09

– Aussprache

- 2 Mittelabfluss der sozialen Wohnraumförderung zum 30. September 2015 im Vergleich zu den Jahren ab 2004 12**
Bericht der Landesregierung
Vorlage 16/3326
– Bericht durch StS Michael von der Mühlen (MBWSV)
– Aussprache
- 3 Was passiert mit den zusätzlichen Wohnungsbaumitteln des Bundes? 19**
Bericht der Landesregierung
Vorlage 16/3323
– Aussprache
- 4 Auswirkungen der Fusion von LEG und Deutsche Wohnen auf den nordrhein-westfälischen Wohnungsmarkt 21**
Bericht der Landesregierung
Vor Eintritt in die Tagesordnung abgesetzt.
- 5 Gesetz über die Sicherheit in Häfen und Hafenanlagen im Land Nordrhein-Westfalen (Hafensicherheitsgesetz – HaSiG) 22**
Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 16/9760
Der Ausschuss kommt überein, das Votum der mitberatenden Ausschüsse abzuwarten und den eingebraachten Gesetzentwurf dann zu beraten.
- 6 NRW braucht ein Landesluftverkehrskonzept! 23**
Antrag der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/9584
In Verbindung mit:
Stillstand in der Luftverkehrspolitik beenden – NRW-Luftverkehrskonzeption 2010 endlich fortschreiben 23

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/9599

Der Ausschuss kommt überein, eine Anhörung zu den vorliegenden Anträgen durchzuführen.

7 Planfestgestellte Landesstraßen in Nordrhein-Westfalen – aktualisierter Bericht – 25

Bericht der Landesregierung
Vorlage 16/3332

Der Tagesordnungspunkt wird auf die nächste Sitzung verschoben.

8 Planfestgestellte Bundesstraßen in Nordrhein-Westfalen – aktualisierter Bericht – 26

Bericht der Landesregierung
Vorlage 16/3332

Der Tagesordnungspunkt wird auf die nächste Sitzung verschoben.

9 Ergebnisse der Verkehrsministerkonferenz 27

Bericht der Landesregierung

Vor Eintritt in die Tagesordnung abgesetzt.

10 Auswirkungen der Verständigung hinsichtlich der Regionalisierungs- und GVFG-Mittel 28

Bericht der Landesregierung
Vorlage 16/3324

Der Tagesordnungspunkt wird auf die nächste Sitzung verschoben.

11 Sicherheit von Fahrradfahrern und Fahrradfahrerinnen 29

Bericht der Landesregierung
Vorlage 16/3333

– Aussprache

12 Bahnchaos im Ruhrgebiet

31

Bericht der Landesregierung
Vorlage 16/3358

– Aussprache

13 Verschiedenes

33

a) Gemeinsame Sitzung zu E-Scooter-Gutachten

Es findet eine gemeinsame Sitzung mit dem Ausschuss für Gesundheit und Soziales zu dem Thema statt. Als möglicher Termin wird Dienstag, 17. November 2015, um 14 Uhr oder 14:30 Uhr, angedacht.

b) Sitzungsraum

c) Modernisierung des Bahnhofs Haltern am See

* * *

1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2016 (Haushaltsgesetz 2016)

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksache 16/9300

Vorlage 16/3129

Vorlage 16/3329

Vorlage 16/3347

Hier: Einzelplan 09

Vorsitzender Dieter Hilser teilt mit, in der laufenden Sitzung wolle man sich grundsätzlich über den Einzelplan austauschen und in der nächsten Sitzung über eingereichte Änderungsanträge beraten.

Klaus Vossemer (CDU) kündigt Änderungsanträge zum Haushaltsgesetz seitens der CDU-Fraktion an. In den letzten Jahren habe das Land unter rot-grüner Regierung über 12 Milliarden € Schulden gemacht. Die Ausgabenlast sei zwar um rund 30 % gestiegen, der Verkehrsbereich profitiere hiervon jedoch nicht. Ansatzserhöhungen hingen im Wesentlichen mit der Durchleitung von Bundesmitteln zusammen. Dies treffe auch auf den Wohnungsbaubereich zu, sodass hier ein Stillstand verzeichnet werde. Einen absoluten Tiefstand erlebe man beim Straßenneubau. Seit Beginn der Aufzeichnungen sei der Haushaltsansatz 2016 mit 32 Millionen historisch niedrig. Fast genauso viel werde jährlich für das Sozialticket verausgabt. Die Gesamtkosten für das Sozialticket beliefen sich von 2010 bis zum Ende der Legislaturperiode 2017 auf etwa 210 Millionen €. Das Sozialticket als konsumtive Ausgabe sei nach Auffassung der CDU falsch verortet.

Bemerkenswerterweise würden nun Radschnellwege zur Lösung der verkehrlichen Probleme in den Vordergrund gestellt. Ein Teil der regierungstragenden Fraktionen habe angekündigt, auch den konventionellen Radwegebau deutlich zulasten des Straßenneubautitels zu erhöhen. Das nehme die tatsächlichen Probleme in keiner Weise auf. Nur durch hohe Investitionen könne man den Staus begegnen und darüber hinaus den notwendigen Erhalt der Infrastruktur in den Griff bekommen. Selbst nach Auffassung des Landesbetriebs Straßen.NRW werde mit den veranschlagten Mitteln in Zukunft keine auskömmliche Sanierung möglich sein. Es gebe keine Perspektive und kein Konzept, um die drängenden Probleme im Verkehrsbereich anzugehen.

Arndt Klocke (GRÜNE) beurteilt den vorgelegten Entwurf anders, auch wenn der Haushalt in der Tat durchgeleitete Bundesmittel enthalte. Herauszustreichen sei der erhöhte Ansatz im Sanierungsbereich. Damit folge man den Vereinbarungen des Koalitionsvertrages. In mehreren Diskussionsrunden habe die CDU-Fraktion darauf hingewiesen, wie viel die schwarz-gelbe Landesregierung damals im Bereich der Straßensanierung gemacht habe. Tatsächlich habe es jedoch nur eine einzige Spitze im Jahr 2009 gegeben, als die damalige Landesregierung 80 Millionen € für Sanie-

rung ausgegeben habe. Ansonsten hätten die Beträge jeweils unter 60 Millionen € gelegen. Der vorliegende Haushaltsentwurf sehe nun 105 Millionen € für diesen Bereich vor. Es handele sich somit quasi um eine Ansatzverdoppelung gegenüber den Jahren der schwarz-gelben Regierung.

Mit Blick auf die Schuldengrenze sei der Ansatz für den Straßenneubau auf 32 Millionen € festgesetzt worden. Das derzeit schwarz-grün regierte Bundesland Hessen gebe quasi nichts mehr für den Neubau von Landesstraßen aus. Im Vergleich dazu stellten 32 Millionen € eine erhebliche Summe dar.

Der Landesbetrieb habe in der Tat auf einen ungleich höheren Bedarf hingewiesen. Mit Blick auf die nächsten Haushalte stelle die Bereitstellung entsprechender Mittelansätze bei gleichzeitiger Berücksichtigung der begrenzten Mittel eine Herausforderung dar.

Für Radschnellwege habe man erstmals einen geringen Haushaltsansatz geschaffen. Es gehe zunächst um die Fertigstellung der Machbarkeitsstudien. In der Realisierungsphase der Radschnellwege müsse auf die Einstellung deutlich höherer Ansätze hingewirkt werden. Ansonsten seien die Radschnellwege nicht zu finanzieren und die sich ohnehin nur zu einem geringen Prozentsatz beteiligenden Kommunen zögen sich aus dem Projekt zurück. Dann seien die Schnellwege nicht zu realisieren.

Im Bereich der Wohnraumförderung griffen die laufenden Maßnahmen zunehmend. Erfolge seien sichtbar. Die Mittel des co-finanzierten Wohngeldes kämen gut an. Das Land setze mit 70 Millionen € eine ganz erhebliche Summe dafür ein. Der Landshaushalt bilde eine deutliche Unterstützung für die Wohngeldbezieher ab.

Christoph Rasche (FDP) setzt als bekannt voraus, dass die FDP andere Prioritäten setze als Rot-Grün. Während die FDP weniger Mittel für Radwege ausgeben wolle, plädiere sie für deutlich höhere Ansätze für den Neubau und die Sanierung von Landesstraßen. Setze sich die bisherige Tendenz fort, gebe das Land im kommenden Jahr mehr Geld für das Sozialticket aus als für den gesamten Straßenbau. Das spreche für sich. Diese Richtung vertrete die FDP überhaupt nicht.

Im Jahr 2009 habe es zum ersten Mal einen Systemwechsel im Hinblick auf den Straßenneubau und die Sanierung gegeben. Erstmals habe eine Koalition mehr für die Sanierung und den Neubau ausgegeben. Die schwarz-gelbe Landesregierung habe diesen Wechsel als erste vollzogen. Dies sei richtig gewesen, weil der Bereich auch aktuell noch von der Substanz lebe. Auch wenn Rot-Grün diesen Systemwechsel fortführe, seien die Ansätze immer noch nicht bedarfsgerecht. Für beide Bereiche benötige man weitere Gelder.

Sarah Philipp (SPD) betont, die SPD beurteile die Lage anders als CDU und FDP. Die angeführte Kritik an der Höhe der Straßenneubaukosten blende aus, dass die Landesregierung den Erhalt klar vor den Neubau setze. Die Substanzerhaltung spiele die entscheidendere Rolle. Der Haushaltsentwurf sehe Investitionen in Höhe von 155 Millionen € für den Landesstraßenbau vor. Der Ansatz für die Substanzerhaltung sei noch einmal angehoben worden.

Für den Radschnellwegebau sehe der Haushaltsentwurf erstmals 1,5 Millionen € vor. Diese zunächst gering erscheinende Summe werde ganz klar mit der Perspektive weiterer Aufstockung versehen. Das unterstütze die SPD ausdrücklich.

Das Land leiste im Verkehrsbereich so viel wie möglich für Neubau und Substanzerhalt. Trotzdem seien die Verkehrssysteme weiterhin chronisch unterfinanziert. Der Ausschuss habe schon ausführlich die Vorschläge der Länder in Bezug auf die Bodewig-Kommission diskutiert. Das ändere nichts an der Notwendigkeit, sich weiterhin für mehr Geld vom Bund einzusetzen, damit die Vorschläge der Kommission umgesetzt werden könnten.

Die Hinzuziehung der DEGES werde begrüßt, um den Landesbetrieb zu unterstützen und gewährleisten zu können, dass in Zukunft in größerem Umfang Bundesfernstraßenmittel abgenommen würden.

Die Städtebauförderung werde von Rot-Grün weiterhin auf hohem Niveau unterstützt und spiele in dem vorliegenden Entwurf ebenso eine große Rolle wie bei der Umsetzung der Förderprogramme „Soziale Stadt“ und „Stadtumbau West“. Sie habe sich auch bei „Zuhause im Quartier – Die Heimat vor der Haustür“ bewährt. Das sei wichtig für die Entwicklung und Stabilisierung der Quartiere, weil weiterhin in Sozialräume investiert werde. Die in die Kommunen strömenden Flüchtlinge brächten neue Integrationserfordernisse mit.

Die Opposition erwecke den Anschein, als ob Wohnungsbauförderung nichts bringe. Nach Auffassung der SPD stelle sie jedoch weiterhin einen wichtigen Beitrag zur Entwicklung der Kommunen und der Quartiere dar. Über die Wohnungsbauförderung werde nicht nur in Steine investiert, sondern sie komme den Quartieren insgesamt zugute. Die problematischen Rahmenbedingungen bei der Wohnungsbauförderung seien hinlänglich bekannt. Das niedrige Zinsniveau mache die Abnahme schwierig. Zur Attraktivitätssteigerung der Programme habe man die Kriterien ständig weiterentwickelt. Es gehe weiterhin um ein jährliches Fördervolumen von 800 Millionen €. Dieses positive Zeichen schaffe Verlässlichkeit für potenzielle Abnehmer. Mittlerweile könnten alle Zielgruppen über diese Programme bedient werden.

Ganz aktuell könne das Maßnahmenpaket für die Schaffung von mehr bezahlbarem Wohnraum angeführt werden, damit in den Städten perspektivisch neuer Wohnraum für Flüchtlinge geschaffen werde. Das Land leiste zudem einen ganz erheblichen Beitrag zum Wohngeld.

Oliver Bayer (PIRATEN) stellt fest, der Einzelplan 09 für das Jahr 2016 ähnele bedauerlicherweise sehr dem des Vorjahres. Das Weiterführen der Mittel in bisheriger Höhe und Priorisierung habe zu einem Instandhaltungsstau im Verkehrsbereich geführt.

Positionen, die Veränderungen in bemerkenswerter Größenordnung aufwiesen, hingen im Wesentlichen mit den Bundeszuweisungen zusammen. Wie die Verkehrsinfrastrukturprobleme mit einem solchen Haushalt gelöst werden sollten, sei ihm schleierhaft. Ein Systemwechsel könne nicht erkannt werden.

Zum Wohnungsbau habe die Landesregierung keine haushaltsrelevanten Initiativen ergriffen. Haushaltsneutrale Initiativen führten dagegen bedauerlicherweise nicht zu den gewünschten Effekten. Das aktuelle Niveau des Wohngeldes liege weit unter den Werten der Vergangenheit.

Im Verkehrsbereich lägen andere Bundesländer vorne. Eine Priorisierung finde innerhalb des Haushalts nicht statt. Beim ÖPNV gebe es beispielsweise keinen Zuwachs, der den Ankündigungen und Zielen oder auch den Steigerungen der Fahrgastzahlen gerecht werde. Dies gelte auch für die problematischen Bereiche wie zum Beispiel für die Ausbildungspauschale.

Ebenso würden andere haushaltsrelevante Dinge wie die Entwässerung der Landstraßen nicht angegangen.

Haushaltsschwankungen stellten Kommunen vor große Probleme, vor allem im Bereich des ÖPNV. Ein Beispiel stelle der nicht funktionierende Querverbund dar. Außerdem fehlten Mittel aus RWE-Dividenden. Auf diese großen Schwankungen reagiere der vorliegende Haushaltsentwurf nicht.

Der für den Radschnellwegebau zur Verfügung stehende Betrag von derzeit 500.000 € müsse im übernächsten Haushalt sehr stark steigen, sobald Planungen verstärkt zur Umsetzung kämen. Im Vergleich zu dem Zustand des Nahmobilitätsnetzes und des Niveaus des Straßennetzausbaus sei der Betrag sehr niedrig. Mittel- und langfristig spare ein Pendler, der nicht auf das Auto zurückgreife, sondern auf das Fahrrad, auf kommunaler Ebene und auf Landesebene enorm. Mit dem Fahrrad zu fahren sei für die Gesellschaft sehr viel günstiger als Auto zu fahren. Diese Erkenntnis werde im Haushalt noch nicht konsequent umgesetzt.

Das Pilotprojekt des Sozialtickets laufe Ende des Jahres aus. Zwar weise der Haushaltsentwurf für 2016 Mittel für das Sozialticket in unveränderter Höhe aus, damit sei aber noch nicht klar, ob das Sozialticket verstetigt werden solle und was mit den Kommunen geschehe, die es bisher nicht eingeführt hätten.

Rolf Beu (GRÜNE) hebt hervor, der Minister habe so viele Regionalisierungsmittel für das Land gesichert wie möglich, auch wenn man sich immer mehr wünschen könne. Vermisst habe er die Unterstützung der CDU bei diesem Thema. Das Sozialticket bei jeder Gelegenheit infrage zu stellen, halte er für ein Armutszeugnis. Die zur Verfügung stehenden 30 Millionen € seien gerade noch auskömmlich. Diesem Mittelansatz werde aus sozialpolitischen Gründen auf jeden Fall zugestimmt. Letztendlich handele es sich um Landesmittel, ob das Sozialticket im Haushalt für Verkehr oder im Haushalt für Soziales verortet werde.

Bernhard Schemmer (CDU) kommt auf die angesprochenen 80 Millionen € für Straßensanierung im Haushaltsjahr 2009 zurück. Während die rot-grüne Regierung überwiegend Dinge ankündige, habe die schwarz-gelbe Landesregierung seinerzeit auch vieles umgesetzt und 90 Millionen € für den Erhalt sowie 60 Millionen € für den Neubau von Straßen ausgegeben, obwohl der Neubau damals fast in doppelter Höhe unterstützt worden sei. Im vorliegenden Entwurf stünden mit insgesamt

137 Millionen € rund 10 % weniger Mittel für Landesstraßen zur Verfügung, obwohl der Gesamthaushalt seit 2009 um über 30 % angestiegen sei. Der Verkehrshaushalt spiele in der Regierungskoalition also überhaupt keine Rolle.

Wilhelm Hausmann (CDU) vertritt die Auffassung, die Mittel für das Sozialticket stünden im Verkehrshaushalt und nicht im Sozialhaushalt, weil der Verkehrshaushalt nahezu nichts anderes umfasse.

Minister Groschek sei gut von parlamentarischer Seite unterstützt worden, habe die Vorlage jedoch nicht verwandelt. Dies bedeute eine starke Unterfinanzierung des Landes für weitere Jahre bei den Regionalisierungsmitteln. Die Mobilität der Pendler stelle einen Wirtschaftsfaktor und einen Sozialfaktor für das Land dar.

Ökologisch betrachtet müsse man sich fragen, warum in NRW über die Stilllegung von Bahnstrecken durch dicht besiedeltes Gebiet diskutiert werde, während Mecklenburg-Vorpommern Bahnlinien quersubventioniere, auf denen täglich wesentlich weniger Personen befördert würden. Bei der Verteilung der Regionalisierungsmittel müsse betrachtet werden, welches Bundesland aufgrund welcher Verstädterung und welcher Verkehrsverdichtung welchen Bedarf habe. Nordrhein-Westfalen sei hier trotz einhelliger Unterstützung des Ausschusses zu kurz gekommen. Damit werde die Landesregierung ihren eigenen Ansprüchen nicht gerecht. Das manifestiere sich ganz deutlich an der vorgelegten Aufstellung.

Jochen Ott (SPD) entgegnet, der erreichte Kompromiss bei den Regionalisierungsmitteln hänge ausschließlich mit dem Verhandlungsgeschick des Bürgermeisters von Hamburg zusammen. Die östlichen Bundesländer hielten sich unabhängig davon, welcher Partei die Regierung angehöre, nicht an getroffene Verabredungen und ließen es zu einer Zuspitzung im Bundesrat kommen.

Das Verhandlungsergebnis stelle unter den gegebenen Bedingungen eine sehr gute Option dar. Wichtig sei, diese Option zu halten. Dazu könne die Opposition beitragen und den Minister unterstützen. Der entstandene Konflikt sei noch nicht beigelegt und werde im Zusammenhang mit der gesamten Länderfinanzsituation weiterhin eine Rolle spielen.

Klaus Vossemer (CDU) kommt auf die seiner Auffassung nach unmoralischen Forderungen der östlichen Bundesländer und die barsche Zurückweisung durch den Landesverkehrsminister zu sprechen. Lasse dieser sich darauf ein, die Unterfinanzierung des Landes NRW durch den Kieler Schlüssel auch für die nächsten Jahre festzuschreiben und lasse darüber hinaus Nachverhandlungen anderer Länder zu, sei das höchst fahrlässig. Das könne die CDU in keiner Weise unterstützen oder mittragen.

StS Michael von der Mühlen (MBWSV) informiert, bezüglich des Sozialtickets sei eine Evaluierung verabredet gewesen. Der Evaluierungsbericht liege inzwischen vor. Die Landesregierung befinde sich derzeit in der Aufarbeitung bzw. dem Entschei-

dungsprozess, welche Konsequenzen hieraus zu ziehen seien. Darüber könne in der nächsten Sitzung berichtet werden.